

«Dann hätte man Frieden auf Erden»

Der ehemalige Diplomat und konservative Publizist Paul Widmer (74) fordert eine Neutralität ohne Schlaumeiereien von Anwälten, Treuhändern und Rohstoffhändlern. Und er erklärt, woher seiner Meinung nach der grosse Freiheitswille der Schweiz kommt.

Stefan Bühler und Doris Kleck

Er kennt die Schweiz und er kennt die Welt. Paul Widmer war fast vierzig Jahre Diplomat. In seinem neuen Buch beschreibt der gebürtige Toggenburger aus seiner Sicht, wie sich die Schweiz von anderen Staaten, insbesondere auch den europäischen, unterscheidet. Und er warnt davor, diese Eigenständigkeit herzugeben: «Die Schweiz ist anders – oder sie ist keine Schweiz mehr», lautet der Titel des Buchs, das soeben im Verlag NZZ Libro erschienen ist. Es ist eine konservative Sicht auf die Geschichte der Schweiz und ihre vier Besonderheiten: direkte Demokratie, Föderalismus, Neutralität und Mehrsprachigkeit. Wir treffen den 74-jährigen im Bundesmedienzentrum zum Interview, wenige Tage bevor der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski im Nationalrat für eine Rede zugeschaltet werden soll. Was der ehemalige Diplomat davon hält, sagt er im Gespräch ohne jeden diplomatischen Schnörkel.

Ganz generell, was ist das Beste an der Schweiz?

Paul Widmer: Das Plus an Freiheit. Wenn die Schweiz ihren Bürgern nicht mehr Freiheiten bietet als andere Länder, dann muss man sich fragen, wie notwendig das Land noch ist.

Und was ist schlecht an der Schweiz?

Das moralische Sendungsbewusstsein. Wir glauben, wir hätten die höchsten moralischen Standards und müssten Vorbild sein für die ganze Welt. Wir müssen uns mehr darum bemühen, unserem Freiheitsanspruch gerecht zu werden, als ein moralisches Vorbild sein zu wollen.

Was meinen Sie mit diesen moralischen Standards?

Mich stört die Selbstgerechtigkeit, auch der politische Anspruch, wir seien aussergewöhnlich, um überall unsere guten Dienste anzubieten. Wenn man uns darum bittet, wohlan. Dann leisten wir sie. Und wenn man uns nicht bittet, dann lassen wir es sein. Damit zu hausieren, finde ich falsch.

Die Schweiz ist bei den guten Diensten eher ins Hintertreffen geraten. Norwegen bietet seine Dienste viel aktiver an.

Ja, da haben Sie recht. Es ist zum Beispiel stark bei der Entminung. Und jetzt haben die Schweizer das Gefühl, sie müssten in diesem Bereich aufholen, statt dass wir einfach mit Norwegen zusammenarbeiten.

Die guten Dienste würden uns Zugang zu höchsten Stellen verschaffen, heisst es immer. Etwa das Iran-Mandat, dank dem man in den USA viel besser die Schweizer Interessen vertreten kann.

Das stimmt. Aber der Sinn der guten Dienste ist, in schwierigen Situationen zu helfen. Allfällige Vorteile sind ein erfreulicher Nebeneffekt.

In Ihrem Ideal ist die Schweiz nie von

sich aus im Ausland aktiv. Ist das zu überspitzt gesagt?

Ja, man sollte sich schon im Ausland engagieren. So wie mit dem Roten Kreuz, dessen Gründung von der Schweiz ausging. Wer im Krieg ein Opfer ist, ist ein Opfer. Egal, von welcher Seite. Er lebt als Mensch, und als Mensch helfen wir ihm. Das ist eine einzigartige Leistung der Schweiz, auch gestützt auf ihre Neutralität.

Gerade die Neutralität stösst zunehmend auf Unverständnis. Kürzlich sagte der amerikanische Botschafter hier in Bern, die Schweiz sei in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Er hat das mit Blick auf die Neutralitätsdebatte gemacht. Hat er recht?

Die Schweiz ist sicher in einer schwierigen Phase. Sind wir in der schwierigsten? Da halte ich es lieber mit dem Staatsmann Metternich. Der sagte: «Jeder Superlativ ist ein Irrtum.»

Die Ereignisse in der Ukraine, die geopolitischen Verschiebungen sind gravierend: Man kann sich schon fragen, ob wir nicht an einen Punkt gekommen sind, wo wir die Neutralität infrage stellen und uns neu positionieren müssen.

Dass man jetzt nicht mehr neutral sein könne, wird in fast jedem grösseren Konflikt behauptet. Die Liste ist lang. Aber solange die Neutralität auf einem ethisch einwandfreien Grundsatz beruht, ist sie gerechtfertigt. Die Schweiz macht das, was Kant als Voraussetzung für einen ewigen Frieden verlangte. Sie beginnt keinen Krieg und unterstützt keine Kriegspartei. Würden sich alle Staaten so verhalten, hätte man Frieden auf Erden.

Damit bleibt die Neutralität als einzige aussenpolitische Richtschnur?

Nicht als einzige, aber als wichtigste. Für ein Land wie die Schweiz ist sie ein vernünftiges Mittel, um seine Interessen zu verteidigen.

«Wenn die Schweiz ihren Bürgern nicht mehr Freiheiten bietet als andere Länder, dann muss man sich fragen, wie notwendig das Land noch ist.»

Was braucht es dazu?

Das Fundament unseres Handelns muss ethisch einwandfrei sein. Wir müssen aus voller Überzeugung dazu stehen können. Schlaumeiereien, wie wir sie früher bei der Holding-Steuer-gesetzgebung praktiziert haben, darf es nicht mehr geben. Tiefe Steuern für alle, ja; Steuerwettbewerb, ja. Aber ausländische Konzerne mit tieferen Steuern, als die hiesigen Firmen sie zu bezahlen hatten, in die Schweiz zu locken, das war nicht korrekt. Das konnte nicht einmal vor unseren eigenen Augen Bestand haben. Es mangelt auch sonst an Weitsicht. Dass das Parlament die Anwälte und Treuhänder vom Geldwäschereigesetz ausnahm, war keine Meisterleistung. Und dass es die Augen vor den grossen Problemen verschliesst, die im Rohstoffhandel auf uns zukommen, auch nicht. Wenn in der Schweiz Firmen eigens gegründet werden, um Umgehungsgeschäfte zu tätigen, besteht Handlungsbedarf.

Doch was heisst das bezogen auf die Neutralität?

Die Schweiz sollte eine Doppelstrategie verfolgen: Sie bietet nicht Hand zu Umgehungsgeschäften, sie lässt sich aber auch den «courant normal» nicht verbieten. Die Schweiz hat ihr eigenes Sanktionsregime. Sie entscheidet selber, welche Sanktionen sie übernimmt. Doch was immer sie auch entscheidet, sie hilft nicht, Sanktionen von andern zu umgehen. Sie führt den «courant normal» ein und beschränkt den Handel auf dem Niveau vor dem Konflikt. Mit der Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland hat der Bundesrat leider diesbezüglich nicht optimal gehandelt – und das Parlament noch viel weniger.

Worauf sprechen Sie an?

Die Kehrtwende des Bundesrats beim ersten Sanktionserlass und das unwürdige Hin und Her des Parlaments um die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes. Dabei sollte eines klar sein: Das Wiederausfuhrverbot muss man streichen. Das nützt der Ukraine zwar nicht mehr viel. Mit unserem ungeschickten Vorgehen haben wir es fertiggebracht, dass jede Waffenlieferung an die Ukraine zu einem Neutralitätsfall wird. Aber zumindest hätte der Bundesrat in künftigen Konflikten mehr Spielraum.

Passt denn das Konzept der Neutralität überhaupt noch in eine Welt, die geteilt ist zwischen demokratisch freien Staaten einerseits und autoritären Regimes andererseits?

Wenn die kollektive Sicherheit funktionierte, passte sie nicht mehr hinein. Aber das ist reine Theorie. Seit die UNO den Krieg geächtet hat, gab es mehr als hundert Kriege. Also ergibt die Neutralität weiterhin Sinn. Und die Schweiz ist damit gut gefahren.

Das hatte jedoch auch mit einer anderen typisch schweizerischen Fähigkeit zu tun, mit dem Durchwursteln – gerade im Zweiten Weltkrieg. Selbst Churchill war der Meinung, die

Schweiz habe sich redlich bemüht, die Neutralität nach allen Seiten hin zu wahren. Dass man die eine oder andere Konzession machen musste, wer wollte das bestreiten.

Es gebe in der Schweiz keine Gesinnungsneutralität, schreiben Sie in Ihrem neuen Buch. Dies sei für unseren Umgang mit dem russischen Angriff auf die Ukraine wichtig. Was meinen Sie damit?

Der Begriff wurde im Zweiten Weltkrieg geprägt, als das Deutsche Reich die Einschränkung der Pressefreiheit forderte. Da hielt der Bundesrat fest, dass es in der Schweiz keine Gesinnungsneutralität gebe. Die Bürger und die Medien können sagen und schreiben, was sie wollen. In meinem Buch lege ich dar, dass man ein bisschen mehr unterscheiden muss zwischen Staat und Gesellschaft. Neutralität ist eine Staatsmaxime. Das Individuum jedoch ist nicht neutral.

Was heisst das bezogen auf den Ukraine-Krieg?

Es ist zum Beispiel völlig in Ordnung, dass die Bevölkerung auf dem Bundesplatz ihre Solidarität mit der Ukraine ausdrückt und auch der ukrainische Präsident Selenski zugeschaltet wird. Ich setze aber ein grosses Fragezeichen, wenn dort Ignazio Cassis als Bundespräsident auftritt und quasi mit Selenski fraternisiert.

Als 1956 die Russen in Ungarn einmarschierten, liess der Bundesrat die Fahne auf dem Bundeshaus auf halbmast setzen und nahm an einer Schweigeminute teil. War das auch ein Fehler?

Gerade 1956 hat der Bundesrat streng zwischen Staat und Gesellschaft unterschieden. Er teilte voll die Empörung der Bevölkerung, aber als staatliche Behörde hielt er sich zurück. In der offiziellen Erklärung, in der er den sowjetischen Einmarsch in Ungarn verurteilte, nannte er die Sowjetunion nicht einmal beim Namen.

Diese Woche wird eine Rede von Selenski ins Parlament übertragen. Auch das ist zu viel der Solidarität mit der Ukraine?

Nein, nicht zu viel der Solidarität, aber zu viel der Parteilichkeit.

Die Frage ist doch, wo die Neutralität in Gleichgültigkeit umschlägt.

Die Interessen der Schweiz zu vertreten, hat nichts mit Gleichgültigkeit zu tun. Der Bundesrat hat den russischen Überfall auf die Ukraine mehrfach verurteilt. Und mit der Luganokonferenz hat er frühzeitig eine Initiative ergriffen, die Wegzeichen für den Wiederaufbau der zerstörten Ukraine setzte. Dieser vorausschauende Einsatz hätte mehr Würdigung verdient, als ihm in der Schweiz zukam.

Die ganze Diskussion ist eigentlich auch ein Ringen darum, wie oder ob sich die Schweiz verändern soll. Sie schreiben in Ihrem Buch, die

Schweiz sei anders, oder sie sei keine Schweiz mehr. Das heisst, eigentlich darf sich die Schweiz nicht verändern.

Natürlich verändert sich die Schweiz laufend. Und das muss auch so sein. Aber in ihrem Staatswesen ist sie von den andern Staaten verschieden. Und dieses Anderssein soll sie bewahren, weil die Welt sonst um eine Alternative ärmer würde.

Worum geht es?

Es sind vier Bereiche, welche die Schweiz von den andern Ländern unterscheiden. Erstens die direkte Demokratie. Wo sonst haben die Bürger so viele Rechte? Zweitens der Föderalismus. Im Gegensatz zu andern Ländern bedeutet er bei uns noch etwas. Drittens die Neutralität. Wer ausser der Schweiz – das erfahren wir ja gerade jetzt – praktiziert noch eine dauerhafte und bewaffnete Neutralität? Und viertens die Sprachenvielfalt. In der Schweiz muss die Mehr-

